



## GEMEINDEAMT BRUCK a. Z.

6260 Bruck am Ziller

Bezirk Schwaz, Dorf 40 a

Telefon 05288 / 72 379 - Fax 72 379-4

E-Mail: [gemeinde@bruck.tirol.gv.at](mailto:gemeinde@bruck.tirol.gv.at)

[www.bruck-am-ziller.at](http://www.bruck-am-ziller.at)

UID-Nr. ATU 58480968

20. APRIL 2023

## NIEDERSCHRIFT

### der Gemeinderatssitzung vom 20. April 2023

**BEGINN:** 20:00 Uhr

**ANWESEND:** Bgm. Wurm Alois, Bgm.-Stv. Dengg Veronika, GV Wurm Leonhard, GV Thaler Johannes, GR Gramshammer Walter, GR Widner Roman BEd, GR Keiler Bianca, GR Ing. Müller Markus, MSc., GR Margreiter Anita, GR Wurm Hubert, GR Fankhauser Roland  
Wasserer Lucas – Schriftführer

### TAGESORDNUNG:

- 1) Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2) Genehmigung der Tagesordnung
- 3) Genehmigung der Niederschrift vom 16. März 2023
- 4) Beratung und Beschlussfassung über die Gewährung von Photovoltaikanlagenförderungen
- 5) Beratung und Beschlussfassung über die Errichtung der Ortszentrale des Glasfasernetzes der Gemeinde Bruck am Ziller und der Bauvorhaben zur Erweiterung des Feuerwehrhauses und des Gemeindekindergartens
- 6) Berichte des Bürgermeisters
- 7) Anträge, Anfragen, Allfälliges

### ZU TOP. 1. ERÖFFNUNG, BEGRÜSSUNG UND FESTSTELLUNG DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT

Der Bürgermeister begrüßt die anwesenden Gemeinderäte und zahlreichen Zuhörer.

**Es wird die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates festgestellt.**

### ZU TOP. 2. GENEHMIGUNG DER TAGESORDNUNG

Der Bürgermeister stellt den Antrag, die vorliegende Tagesordnung zu genehmigen.

**Der Gemeinderat genehmigt einstimmig die vorliegende Tagesordnung.**

### ZU TOP. 3. GENEHMIGUNG DER NIEDERSCHRIFT VOM 16. MÄRZ 2023

Da die Niederschrift der Gemeinderatssitzung vom 16. März 2023 rechtzeitig an die Gemeinderäte übermittelt wurde, kann auf eine Verlesung verzichtet werden.

Der Schriftführer berichtet noch über durchgeführte Änderungen des Protokollentwurfes auf Antrag von Gemeinderatsmitgliedern.

**Der Gemeinderat genehmigt mehrheitlich (mit einer Gegenstimme von Bgm.-Stv. Dengg Veronika) die vorliegende Niederschrift der Gemeinderatssitzung vom 16. März 2023. Sie wird von den Mitgliedern des Gemeinderates unterfertigt.**

#### **ZU TOP. 4. BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE GEWÄHRUNG VON PHOTOVOLTAIKANLAGEN-FÖRDERUNGEN**

Der Bürgermeister berichtet über das vorliegende Ansuchen bezüglich Gewährung einer Photovoltaikanlagenförderung wie folgt:

- Förderungswerber: Mairegger Michael, Dorf 21 a/1, 6260 Bruck am Ziller  
Objekt: Dorf 21 a, 6260 Bruck am Ziller auf der Gp. 308/2  
Anlagenleistung: 10,25 kWp  
**Förderungsbetrag: 7,0 kWp à € 80,-- = € 560,00 (= Maximalförderung)**

**Der Gemeinderat genehmigt einstimmig die Gewährung einer einmaligen Photovoltaikanlagenförderung wie folgt:**

- **Mairegger Michael, Dorf 21 a/1, 6260 Bruck am Ziller in der Höhe von € 560,00**

#### **ZU TOP. 5. BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE ERRICHTUNG DER ORTSZENTRALE DES GLASFASERNETZES DER GEMEINDE BRUCK AM ZILLER UND DER BAUVORHABEN ZUR ERWEITERUNG DES FEUERWEHRHAUSES UND DES GEMEINDEKINDERGARTENS**

Der Bürgermeister teilt mit, dass ja bekanntlich bei der letzten Gemeinderatssitzung von GV Thaler Johannes verlangt wurde, dass der Standort für den LWL-Raum evaluiert werden sollte. Geprüft werden sollte vordringlich der Standort zwischen dem Werkraum der Volksschule und dem Stiegenabgang zum Foyer. Der Bürgermeister hat darauf hingewiesen, dass es sich um einen enormen Kostenaufwand handelt und das Verschließen der Fenster im Werkraum der Volksschule nicht zulässig sein wird.

Der Planer Architekt Dipl.-Ing. Kircher Hans-Peter wurde beauftragt und dieser hat dazu folgende Stellungnahme abgegeben:

Das Verschließen der Fenster des bestehenden Werkraumes der Schule bedeutet, dass die Belichtungsflächen nicht mehr ausreichend vorhanden sind und der Werkraum in weiterer Folge nicht mehr genutzt werden kann.

Die Grobkosten für die Errichtung des LWL-Raumes im derzeitigen Innenhof belaufen sich grob auf 60.000,- € brutto. Dabei ist zu beachten, dass die Begradigung des unteren Teils der Abgangstreppe technisch noch geklärt werden muss. Ich bin davon ausgegangen, dass der Unterbau der Treppe abgeschnitten werden kann, ohne dass der gesamte untere Teil abgebrochen werden muss. Kosten für Elektroarbeiten sind nicht inkludiert.

Die Sanierung der Bestandstreppe sollte folgendermaßen durchgeführt werden: Auslösen der bestehenden Tritt- und Setzstufen. Abtragung des Aufbetons. Abdichtung der Treppenunterkonstruktion mit Flüssigkunststoff. Aufbringen des Aufbetons und anschließende Verlegung der vorhandenen Tritt- und Setzstufen. Erfahrungsgemäß wird der Belag auf Dauer nicht

halten, wenn keine Überdachung des Treppbereiches erfolgt. Die Gesamtkosten für die Treppensanierung inkl. Überdachung schätze ich auf 60.000,- € brutto.

Die Kosten für die Sanierung der Abgangstreppe sind unabhängig der Kosten für die Errichtung des LWL-Raumes im derzeitigen Innenhof. Sollten beide Maßnahmen umgesetzt werden, belaufen sich die Gesamtkosten auf 120.000,- € netto.

Anzumerken ist noch, dass die Kosten für die Versetzung des bestehenden Hausanschlussverteilers der TINETZ dazu kommen würden.

Der Bürgermeister betont, dass er bereits in der letzten Gemeinderatssitzung darauf hingewiesen hat, dass aufgrund der durch diese Evaluierung entstandenen Verzögerung die Erweiterungsbauten heuer nicht mehr umsetzbar sind, da ja die Erweiterung des Kindergartens bekanntlich nur in den Sommerferien durchgeführt werden kann. Auch aus Fristengründen zB bezüglich der Durchführung der Bauverhandlung ist eine Umsetzung heuer nicht mehr möglich.

Dem widerspricht GR Widner Roman, BEd. Er ist der Meinung, dass das eine mit dem anderen nichts zu tun hat – man hätte das Projekt auch neben der Evaluierung weiterverfolgen können. Er vermutet auch, dass nur der o. a. Standort geprüft wurde und sonst kein alternativer Standort gesucht wurde.

Dem entgegnet GR Ing. Müller Markus, MSc., dass dies nicht stimmt. Man hat auch in der Gegend um die Gemeindegebäude nach Standorten gesucht. Auch hat er mit dem Planer über mögliche weitere Alternativen gesprochen. Aber die Errichtung eines separaten Gebäudes für die Ortszentrale würde eben immer ca. € 50.000,-- kosten.

Auch der Bürgermeister teilt mit, dass auch schon vorher – im Zuge der Planung - andere Standorte – auch ausserhalb der alten und neuen Feuerwehrräumlichkeiten - geprüft wurden. Aber es wurde kein anderer geeigneter Platz bzw. Raum gefunden. Dies wird auch von Bgm.-Stv. Dengg Veronika bestätigt.

GR Widner Roman, BEd stellt fest, dass der Feuerwehrkommandant schon seit Monaten bekannt gegeben hat, dass er den LWL-Raum nicht in den Räumlichkeiten der Feuerwehr haben möchte.

Dem entgegnet der Bürgermeister, dass die Vorgabe war, dass bei einer Vergrößerung der Fläche für die Feuerwehr von 188 m<sup>2</sup> ein LWL-Raum mit einer Größe von 20 m<sup>2</sup> aus wirtschaftlicher Sicht integriert werden muss. Wo dieser Raum errichtet werden kann, obliegt der Entscheidung der Feuerwehr. Daraufhin wurde der im Plan abgebildete LWL-Raum von Feuerwehrkommandant Kircher Johannes ausgewiesen.

GR Widner Roman, BEd gibt zu bedenken, dass dann das Feuerwehrhaus mittelfristig wieder zu klein sein wird.

Dazu stellt der Bürgermeister wiederum fest, dass er im Rahmen der finalen Präsentation des Projektes wiederholt gefragt hat, ob der Plan so in Ordnung ist und dies von den Vertretern der Feuerwehr sowie den Gemeinderäten bestätigt wurde.

GV Thaler Johannes stellt die Frage, warum der einstimmig gefasste Gemeinderatsbeschluss zu diesem Projekt vom Bürgermeister nicht umgesetzt wurde.

Dazu antwortet der Bürgermeister, dass eine Bauverhandlung nur mit einem fertiggestellten Plan anberaumt werden kann.

GV Thaler Johannes hat gehört, dass der Bürgermeister in der Öffentlichkeit gesagt hat, dass er – GV Thaler Johannes – persönlich das Projekt verzögert hat. Dann wiederum hat er gehört, dass der Bürgermeister gesagt hat, dass die Feuerwehr das Projekt verzögert hat.

Er teilt mit, dass das im Wiederholungsfall für den Bürgermeister Konsequenzen in Form einer Klage haben wird, da dies den Tatbestand der üblen Nachrede darstellt.

Der Bürgermeister antwortet dazu, dass die Gemeinderatsitzung öffentlich war und er auf Anfrage von Gemeindebürgern über den Verlauf des Zu- und Umbaus die Tatsachen geschildert hat.

GV Thaler Johannes stellt fest, dass die in der letzten Gemeinderatssitzung gestellte Anfrage zur Evaluierung des Standortes der Ortszentrale eben eine Anfrage und kein Antrag auf Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses für dieses Projekt war. Der Bürgermeister soll erklären, warum von ihm diese Anfrage jetzt als Verzögerung des Projektes dargestellt wird.

Wie bereits vorhin schon angemerkt, berichtet der Bürgermeister, dass der Verlauf eines Bauprojektes nur verfolgt werden kann, wenn der Plan fertiggestellt ist und dies war durch diesen Änderungswunsch eben nicht möglich.

Der Bürgermeister merkt an, dass sich GV Thaler Johannes auch an die Tiroler Gemeindeordnung zu halten hat.

Dazu merkt GV Thaler Johannes an, dass immer die Rede davon war, dass der LWL-Raum im Feuerwehrhaus sein muss. Daher wurde auch so abgestimmt. Der Plan wurde erst bei der zweiten Präsentation durch den Architekten dem Gemeinderat richtig vorgelegt und da wurde festgestellt, dass der LWL-Raum im Feuerwehrhaus ist.

Dazu stellt der Bürgermeister abermals fest, dass durch diese Verzögerung das Projekt nicht mehr umgesetzt werden kann.

GV Thaler Johannes stellt fest, dass der LWL-Raum nichts mit dem Baufortschritt zu tun hat – das hätte das Projekt nicht verzögert. Es war eben eine Anfrage und kein Antrag auf Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Bauausführung Anfang Mai mit dem Zubau der Feuerwehr gestartet hätte werden müssen, da der Zugang zum erweiterten Stiegenhaus mit Aufzug über die Erweiterung der Feuerwehr geplant war. Durch die Forderung weiterer Raumprüfungen wurde auch die Verhandlung des Gesamtkonzeptes verzögert.

Dazu merkt GR Wurm Hubert an, dass die Wirtschaftlichkeit der Gemeinde Bruck sehr beschränkt ist und mit liquiden Mitteln sorgsam umgegangen werden muss. Er ist der Meinung, dass die Feuerwehr die Gemeinde braucht und die Gemeinde die Feuerwehr.

GR Gramshammer Walter merkt an, dass es rein technisch keine Rolle spielt, wo der Standort des LWL-Raums ist.

Dem entgegnet GR Ing. Müller Markus, MSc., dass dies gestimmt hätte, wenn die Entscheidung über den Standort früher gefallen wäre. Jetzt ist der Breitbandausbau begonnen und es muss jetzt eine Standortentscheidung getroffen werden.

GR Gramshammer Walter ist der Meinung, dass der Standort in einem Gebäude aus technischer Sicht nicht ideal ist.

Dem entgegnet GR Müller Markus, MSc., dass das nicht stimmt. Dies ist auch in einem Gebäude gut machbar.

Dazu bittet GR Gramshammer Walter das als Zuhörer anwesende Mitglied der Breitbandarbeitsgruppe Hirschhuber Robert um seine Stellungnahme zu diesem Thema.

Herr Hirschhuber schließt sich der Meinung von GR Gramshammer Walter an und es folgt eine Diskussion zwischen Herrn Hirschhuber und GR Ing. Müller Markus, MSc. darüber. GR Ing. Müller Markus, MSc. betont, dass er sich die Lösung im Gebäude auch mit der bauausführenden Firma STRABA AG angeschaut hat und es wurde ihm bestätigt, dass diese Lösung auch technisch einfach umsetzbar ist.

Bgm.-Stv. Dengg Veronika stellt die Frage, ob der Ausschuss der Feuerwehr nicht Bescheid gewusst hat, dass der LWL-Raum im Feuerwehrhaus situiert wird.

Dazu antwortet der als Zuhörer anwesende Feuerwehrkommandant, dass der Ausschuss schon darüber informiert war, aber es wurde seitens des Bürgermeisters immer vorausgesetzt, dass der LWL-Raum im Feuerwehrhaus sein muss – egal wo.

Bgm.-Stv. Dengg Veronika stellt fest, dass im Mehrzweckgebäude der Gemeinde nicht mehr viel Platz ist. Sie ist der Meinung, dass die Feuerwehr in 50 Jahren ohnehin in ein anderes Gebäude aussiedeln muss, da die Gemeinde ja auch wächst. Es muss für alle Vereine Platz geschaffen werden – auch das muss man sich überlegen. Die Feuerwehr ist wichtig und die Anerkennung bzw. Wertschätzung durch die Gemeinde ist mit der geplanten Erweiterung von 180 m<sup>2</sup> durchaus gegeben.

Dazu antwortet GV Thaler Johannes, dass sich die Bgm.-Stv. mit dieser Aussage widersprochen hat, da eben gerade auf der begrenzten Fläche im Mehrzweckhaus die 20 m<sup>2</sup> des LWL-Raums sehr wertvoll sind.

Die Bgm.-Stv. merkt an, dass sie gerade deshalb der Meinung ist, dass die Feuerwehr längerfristig ausgesiedelt werden muss, da auch andere Vereine Anspruch auf die Fläche erheben könnten bzw. werden.

Da in der Diskussion auch das Wort Jungfeuerwehr gefallen ist, stellt der Bürgermeister die Frage an den Kommandanten der Feuerwehr, welche Investitionen bei der Feuerwehr in Zukunft geplant sind.

Dazu antwortet der Feuerwehrkommandant, dass er dies jetzt nicht sagen kann, da er dies aktuell nicht erhoben hat.

Der Bürgermeister stellt die Frage, mit welchem Budget man bei einer Jungfeuerwehr rechnen muss und ob die Jungfeuerwehr auch ein zusätzliches Fahrzeug brauchen würde.

Dazu antwortet der Feuerwehrkommandant, dass die Ausrüstung ca. € 250,- pro Mitglied der Jungfeuerwehr kosten wird, er dies aber nicht geprüft hat. Ein Mannschaftstransportfahrzeug sollte man dafür schon haben – dies ist auch bei anderen Feuerwehren der Fall. Allerdings ist dies natürlich auch eine Frage der Finanzierung.

Dazu merkt GV Thaler Johannes an, dass eine Jungfeuerwehr zwar kein Muss, aber wichtig ist.

GV Thaler Johannes ist der Meinung, dass man sich bei den Gedanken von Bgm.-Stv. Dengg Veronika überlegen muss, gleich beim Wirts Stall ein komplett neues Feuerwehrhaus zu bauen.

Der Bürgermeister merkt an, dass es ja auch seitens des Landes Tirol Vorgaben in Bezug auf Recht auf Kinderbetreuung gibt. Er hat auch Gespräche mit Grundeigentümern geführt. Die Gemeinde muss schauen, dass hier ein anständiges Projekt entsteht.

GV Thaler Johannes stellt fest, dass die Aussage des Bürgermeisters nach einer Feuerwehrprobe, dass bei nur 8 Probeteilnehmern nicht in der Fahrzeughalle konsumiert werden muss, bei den Feuerwehrmitgliedern nicht gut angekommen ist.

Zum Abschluss dieser ausführlichen Diskussion berichtet der Bürgermeister, dass er inzwischen mehrere Gespräche mit dem Grundeigentümer der Gp. 257/1 – Herrn Haas

Friedrich jun. – über die Nutzung von 1.000 m<sup>2</sup> Grundstücksfläche angrenzend an die Grundstücksfläche der bestehenden Volksschule geführt hat.

Herr Haas wäre mit einer solchen Nutzung unter folgenden Bedingungen einverstanden:

Nutzung der Grundstücksfläche auf Basis eines Baurechtes zu Gunsten der Gemeinde Bruck am Ziller auf die Dauer von 99 Jahren.

Eine Option der Gemeinde Bruck am Ziller auf Verlängerung des Baurechts nach Ablauf der 99 Jahre ist rechtswirksam auch auf Rechtsnachfolger des derzeitigen Grundeigentümers sicherzustellen.

Für die derzeit geplante Nutzung der Fläche und somit Einräumung des Baurechtes wird seitens der Gemeinde Bruck am Ziller eine monatliche Abgeltung in der Höhe von € 400,-- an den Grundeigentümer bezahlt.

Dieser Betrag wird ab dem Jahr 2025 auf Basis des in diesem Jahr zuletzt veröffentlichten Verbraucherpreisindexes wertgesichert. Somit bildet der VPI Jänner 2025 die Basis mit 100%. Schwankungen der Indexzahl von plus 5%, bezogen auf die Basisausgangszahl bleiben unberücksichtigt. Darüberhinausgehende Änderungen des Schwellenwertes wirken sich jedoch zur Gänze aus. Die neue Indexziffer dient sodann der Errechnung der künftigen 5%-igen Schwankung.

Sollte die gesamte Fläche (1.000 m<sup>2</sup>) innerhalb von 10 Jahren nicht seitens der Gemeinde Bruck am Ziller genutzt werden, beträgt die monatliche Abgeltung jedenfalls € 500,-- und ist wie oben beschrieben auf Basis des Verbraucherpreisindexes wertgesichert.

Sämtliche Kosten aus der Errichtung des erforderlichen Vertrages – v. a. Vertragserrichtungskosten, Vermessungskosten, Grundbucheintragungsgebühren – werden von der Gemeinde Bruck am Ziller übernommen.

Somit könnte auf dieser Fläche die geplante Erweiterung der Kinderbetreuung durchgeführt werden und somit die geplante Aufstockung des bestehenden Kindergartens entfallen. Im Erdgeschoss könnte die derzeitige Planung für die Kinderbetreuung großteils übernommen werden. Im Obergeschoss des neuen Gebäudes könnte ein neues Musikprobelokal Platz finden und auch noch ein weiterer Raum, welcher von der Gemeinde genutzt werden kann.

Dazu berichtet GR Ing. Müller Markus, MSc., dass dadurch die Ortszentrale bzw. der LWL-Raum im bestehenden Archiv der Musikkapelle errichtet werden könnte. Dieses wird auch bereits als Elektrotechnikraum verwendet. Dafür müsste das Lüftungsgerät in den nebengelegenen Heizungsverteilerraum verlegt werden. Beides ist machbar – dies wurde von GR Ing. Müller Markus, MSc. bereits geprüft und abgeklärt. Somit würde der derzeit geplante LWL-Raum im Feuerwehrhaus frei und könnte – wie gefordert – von der Feuerwehr auch nach dem Erweiterungsbau genutzt werden.

Bgm.-Stv. Dengg Veronika gibt zu bedenken, dass für die Kinderbetreuung auch genug Platzreserve vorgesehen werden soll.

Dazu antwortet der Bürgermeister, dass dies einerseits durch den Raum im Obergeschoss des neuen Gebäudes und durch die dann immer noch bestehende Möglichkeit der Aufstockung des bestehenden Kindergartens gegeben ist.

GR Fankhauser Roland stellt die Frage, ob das schon optimal ist, wenn die Kinderbetreuung in zwei unterschiedlichen Gebäuden stattfindet.

Dazu antwortet GR Ing. Müller Markus, MSc., dass man sich diese Frage auch schon gestellt hat und er sich das angeschaut hat. Es besteht die Möglichkeit das neue Gebäude und das

bestehende Gebäude im Bereich des Ganges zum Foyer mittels eines Überdachten Zuganges zu verbinden.

GR Wurm Hubert stellt die Frage, ob es für das neue Gebäude schon einen Plan gibt.

Dies wird vom Bürgermeister verneint, da er ja vor der Beauftragung des Architekten den Gemeinderat informieren muss und ein entsprechender Beschluss zu fassen ist. Er hat aber mit dem Architekten schon ein Vorgespräch über dieses neue Projekt geführt.

Der Bürgermeister würde in zwei Wochen die nächste Gemeinderatssitzung anberaumen und die weiteren erforderlichen Beschlüsse dazu fassen.

GR Ing. Müller Markus, MSc. merkt an, dass dieser Neubau ein Vorteil ist, da das bestehende Gebäude baulich nicht berührt wird und man eben für später immer noch die Option zur Erweiterung hat.

GR Fankhauser Roland stellt die Frage, ob die Grundbenützung mittels eines Superedifikates geplant wäre.

Dazu antwortet der Bürgermeister, dass noch geklärt werden muss, welches die beste und schnellste Möglichkeit ist.

Vielleicht wäre es möglich, die Kinderkrippe bereits mit Oktober 2023 zu eröffnen.

Diese Möglichkeit wäre bei einem Neubau gegeben. Beim vorigen Projekt wäre dies nicht mehr möglich gewesen, da ja nur in den Sommerferien gebaut werden könnte.

Der Bürgermeister betont, dass beim Neubau alle Wünsche erfüllt wären – Nutzung des vorher geplanten LWL-Raumes durch die Feuerwehr, Neubau eines Probelokals und dadurch eine allfällige Nutzung des bestehenden Probelokals durch einen anderen Verein wie zB durch das Eltern-Kind-Zentrum.

GR Fankhauser Roland stellt die Frage, ob die Erweiterung des Feuerwehrhauses somit wie bisher geplant durchgeführt würde.

Dazu antwortet der Bürgermeister, dass dies der Fall ist und eben auch der LWL-Raum von der Feuerwehr genutzt werden kann. Aber Priorität hätten jetzt die Räumlichkeiten für die Kinderbetreuung.

Dazu stellt GV Thaler Johannes die Frage, ob die Planung für das Feuerwehrhaus also so bleibt – auch in Bezug auf die Elektroinstallation usw.

GR Widner Roman, BEd teilt dazu mit, dass es hier ja auch Unstimmigkeiten gegeben hat, da die Installationsfirma bei der Angebotslegung mitgeteilt hat, dass sie für die Feuerwehr nicht zuständig ist.

Diesbezüglich antwortet der Bürgermeister, dass es klar ist, dass die Planung usw. schon von der Installationsfirma im Auftrag der Gemeinde gemacht werden muss.

Der Bürgermeister ruft zur Zusammenarbeit auf – dies ist sehr wichtig.

GV Thaler Johannes teilt dazu mit, dass er diese Zusammenarbeit bisher auch geschätzt hat, zumal ja die meisten Gemeinderatsbeschlüsse einstimmig erfolgt sind. Er bittet aber um frühere und mehr Informationen für die Gemeinderäte. Dies könnte ja auch in den bestehenden Ausschüssen des Gemeinderates erfolgen.

Auch GR Gramshammer Walter bittet den Bürgermeister um mehr Einbindung – schließlich sollte ja der Gemeinderat ein Team sein.

Dazu kontert GR Wurm Hubert, dass er bis vor der letzten Gemeinderatssitzung auch nicht gewusst hat, dass der LWL-Raum im Feuerwehrhaus ein solch gravierendes Problem darstellt.

Der Bürgermeister teilt auch mit, dass man mit gravierenden Problemen nicht auf die nächste Gemeinderatssitzung warten muss. Es wäre besser, damit sofort zum Bürgermeister zu kommen.

Es folgt noch eine kurze Diskussion zwischen GV Thaler Johannes und dem Bürgermeister über die öffentliche Kommunikation im Dorf nach der letzten Gemeinderatssitzung.

GV Thaler Johannes stellt die Frage, ob es bereits eine Terminplanung über die weitere Vorgehensweise zu diesem Projekt gibt.

Dazu antwortet der Bürgermeister, dass er morgen den Architekten mit der Planung beauftragen möchte. Bei der nächsten Gemeinderatssitzung in zwei Wochen sollen dann die erforderlichen Beschlüsse über die Widmungsänderung und die Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes erfolgen. Bei dieser Sitzung wird der Plan vermutlich noch nicht fertig sein. Sobald der Plan fertig ist, würde der Bürgermeister wieder eine Gemeinderatssitzung mit einer Präsentation durch den Architekten machen.

Bgm.-Stv. Dengg Veronika stellt fest, dass eine Diskussion im Gemeinderat gut ist. Nach der Sitzung soll aber dann privat auch privat bleiben und der Umgang entsprechend sein.

Abschließend stellt der Bürgermeister die Frage an alle im Raum, ob es noch Fragen zu dem neuen Projekt gibt.

Da dies nicht der Fall ist, werden auf Antrag des Bürgermeisters folgende Beschlüsse gefasst:

**Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die bisherigen Beschlüsse zur Erweiterung des Gemeindekindergartens aufzuheben. Dies bezieht sich aber ausdrücklich nur auf die Beschlüsse zur Erweiterung des Gemeindekindergartens – nicht aber auf die Beschlüsse zur Erweiterung des Feuerwehrhauses – diese bleiben weiterhin aufrecht.**

**Der Gemeinderat beschließt einstimmig, das Projekt zur Errichtung eines neuen Gebäudes auf der Gp. 257/1 für Kinderbetreuung und Musikprobelokal weiterzuerfolgen und beauftragt den Bürgermeister mit der weiteren Planung dieses Projektes.**

#### **ZU TOP. 6. BERICHT DES BÜRGERMEISTERS**

Der Bürgermeister berichtet, dass seit der letzten Gemeinderatssitzung **keine Bauverhandlungen** durchgeführt wurden.

Der Bürgermeister bittet den Leiter der Breitbandarbeitsgruppe GR Ing. Müller Markus, MSc. um seinen **Bericht über die Arbeiten zum Ausbau des Glasfasernetzes** in unserer Gemeinde. GR Ing. Müller Markus, MSc. berichtet, dass die Verlegung der Ortszentrale ja heute beschlossen wurde.

Die Planung des Glasfasernetzes ist nahezu abgeschlossen. Die erforderlichen Querungen der Landesstraße konnten auf 5 Querungen reduziert werden. Bei der Straßenverhandlung wurde beschlossen, dass auf der Landesstraße bergseitig auch Längsgrabungen gemacht werden können. Bezüglich der angedachten Spülbohrungen für die Querungen wurde ein konkretes Angebot eingeholt. Die angebotenen Kosten sind wesentlich höher, als von dieser Firma bei Vorbesprechungen dargestellt. Daher werden die Spülbohrungen eher nicht ausgeführt.

Die Hausanschlussverträge sind vorbereitet und diese werden vom Bauhofleiter je nach Bauabschnitt eingeholt.

Das Genehmigungsverfahren für die Arbeiten auf der Landesstraße ist noch nicht abgeschlossen. Hier ist in zwei bis drei Wochen der Genehmigungsbescheid zu erwarten. Daher finden auf der Landesstraße noch keine Bauarbeiten statt und es werden daher andere Bauabschnitte vorgezogen.

Ein Informationsschreiben über den Breitbandausbau in unserer Gemeinde wurde bereits an alle Haushalte versendet.

Die Firma STRABAG AG hat mit den Tiefbauarbeiten bereits begonnen und die Baustelleneinrichtung ist beim Wirtsstall und beim Bauhof erfolgt.

GR Ing. Müller Markus, MSc. bedankt sich bei den Gemeindearbeitern für die Trassierung und Mithilfe bei diesem Projekt.

Als nächste Bauabschnitte sind der Bereich oberhalb des Buswartehäuschens im Bad und im Buchfeld geplant. Es arbeiten derzeit zwei Partien der STRABAG AG an jeweils zwei verschiedenen Bauabschnitten.

Es sind bereits ca. zwei Drittel des heuer benötigten Materials geliefert. Es kam zu keinen Lieferschwierigkeiten.

Weiters werden von GR Ing. Müller Markus, MSc. die weiteren Arbeitsschritte wie folgt skizziert: Einholung der Gestattungen für die Fremdgrundbenützung, Genehmigung der Arbeiten auf der Landesstraße, Aussendung der Ausschreibung an die Provider.

Der Bürgermeister bedankt sich bei GR Ing. Müller Markus, MSc. für seine umfassende und perfekte Arbeit und natürlich auch beim gesamten Breitbandteam.

Der Bürgermeister teilt mit, dass auch seitens der TINETZ angekündigt wurde, dass im Ortsgebiet durch die Photovoltaikoffensive mehrere Leitungen zu verlegen sein werden. Hier ist die angestrebte Zusammenarbeit aber sehr schwierig, da die Arbeiten seitens der TINETZ sehr schleppend geplant und durchgeführt werden. Als Beispiel nennt er ein Telefonat in dieser Woche, wo seitens der TINETZ angekündigt wurde, dass zu einem Mehrparteienhaus eine neue Leitung verlegt werden muss. Der Bürgermeister hat dazu mitgeteilt, dass die Baufirma genau in diesem Bereich gerade mit den Verlegearbeiten beschäftigt ist. Beim Ortsaugenschein durch die TINETZ war die Künette für die Glasfaserleitung dann bereits verfüllt. Somit wird eine Zusammenarbeit mit der TINETZ seitens der Gemeinde zwar angestrebt, aber dies ist sehr schwierig zu koordinieren.

Der Bürgermeister berichtet, dass der Forstweg „unterer Heimwaldweg“ im Schutzwaldprojekt Grufftallahn enthalten ist.

Seitens der Waldbesitzer wurde der Wunsch geäußert, diesen Weg zu verlängern. Die war im Zuge des Schutzwaldprojektes ursprünglich auch geplant. Ein Gutachten hat aber damals ergeben, dass der Weg in seiner gesamten Länge aufgrund der geologischen Gegebenheiten nur mit Schwierigkeiten errichtet werden kann.

Der Bürgermeister hat mit LH-Stv. Geisler Josef darüber gesprochen. Dieser lässt die angestrebte Verlängerung nun noch einmal prüfen. Ein Ergebnis liegt aber noch nicht vor.

Bezüglich des Blocksturzereignisses beim Forstweg „Heimwaldweg“ berichtet der Bürgermeister, dass er heute eine Besichtigung mit einer Spezialfirma und den Wegeigentümern bezüglich der weiteren Sicherungsmaßnahmen durchgeführt hat.

Dabei wurden die durchzuführenden Sicherungsmaßnahmen besprochen und diese werden nun zeitnah ausgeführt.

Zur Information berichtet der Bürgermeister, dass die monatlichen **Akontozahlungen für Strom** von bisher gesamt ca. € 7.000,-- im April auf € 61.000,-- monatlich erhöht wurden. Da hat er bereits interveniert. Das muss sich auf jeden Fall ändern.

Bgm.-Stv. Dengg Veronika berichtet, dass die neue **Gemeindehomepage** fertig ist und voraussichtlich kommende Woche online geschaltet wird. Zeitgleich wird auch die **GEM2GO App** aktiviert. Auch das Layout der künftigen Gemeindezeitungen wurde von ihr bereits an das Layout der neuen Homepage angepasst.

#### **ZU TOP. 7. ANTRÄGE, ANFRAGEN, ALLFÄLLIGES**

GR Gramshammer Walter stellt die Frage, ob die **Notentwässerungsleitung der UV-Anlage** in Imming schon einmal getestet wurde.

Dazu wird vom Bürgermeister mitgeteilt, dass dies nicht der Fall ist, da die UV-Anlage noch nicht fertiggestellt ist. Sobald es möglich ist, wird die Notentwässerungsleitung aber getestet.

Der als Zuhörer anwesende Obmann des Pensionistenverbandes Widner Alois teilt mit, dass der Pensionistenverband in der **Plauderstube mehr Platz** brauchen würde. Dafür würde sich der Raum der Bücherei anbieten.

Dazu antwortet der Bürgermeister, dass er diesbezüglich noch Gespräche führen muss.

Der als Zuhörer anwesende Herr Mairegger Michael teilt mit, dass sich die Bewohner bei der an alle Haushalte versendeten **Information bezüglich des Breitbandausbaues** nicht auskennen. Er hat diesbezüglich viele Anfragen. Die Information durch die Gemeindearbeiter kommt sehr kurzfristig.

Dazu antwortet GR Ing. Müller Markus, MSc., dass dies sicher richtig ist. Die Information kommt deshalb sehr kurzfristig, da es wie bereits erwähnt Änderungen bei den geplanten Bauabschnitten gegeben hat, da die Genehmigung für die Arbeiten an der Landesstraße noch nicht vorliegt. Dies sollte dann aber in Zukunft besser laufen.

Die Als Zuhörer anwesende Frau Fasser Mariette stellt die Frage, ob es in der geplanten **Kinderkrippe** auch eine **Nachmittagsbetreuung** geben wird.

Dazu antwortet der Bürgermeister, dass dies noch nicht festgelegt ist. Jedenfalls ist diese in der Planung vorgesehen und somit möglich. Bei Bedarf wird man dann vermutlich auch eine Nachmittagsbetreuung anbieten.

GV Thaler Johannes teilt mit, dass bei der alten **Urnenwand am Friedhof** eine **Engstelle** beim Zugang zur Urnenwand ist und es für Gehbehinderte somit nicht leicht ist, diese zu Überwinden.

Dazu antwortet der Bürgermeister, dass ihm dies auch schon aufgefallen ist. Er wird hier eine Lösung suchen.

Der als Zuhörer anwesende Herr Vogl Mathias teilt mit, dass mit dem Bürgermeister schon vor einiger Zeit vereinbart wurde, dass die **Bruggara Toifl** einen **Lagerplatz** von der Gemeinde zur Verfügung gestellt bekommen.

Dazu antwortet der Bürgermeister, dass dies stimmt. Nach der Fertigstellung der Überdachung des Bau- und Recyclinghofes wird man eine Lösung dafür finden.

GR Ing. Müller Markus, MSc. fragt an, ob die Gemeinde eine **Auswertung** der von der Polizei in unserem Ortsgebiet durchgeführten **Geschwindigkeitsmessungen** erhalten hat. Dazu antwortet der Bürgermeister, dass es eine solche Auswertung nicht gibt.

Der als Zuhörer anwesende Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Kircher Johannes erkundigt sich nach der geplanten **Bauphase für die Erweiterung des Feuerwehrhauses**.

Dazu antwortet der Bürgermeister, dass ja bekanntlich die Finanzierungszuge der Fördermittel des Landes Tirol erst für das Jahr 2025 ist. Es ist jetzt geplant, den Neubau für die Kinderbetreuung zu errichten und dann in weiterer Folge den Zubau des Feuerwehrhauses. Man wird dann Gespräche über die weitere Finanzierung führen, daher kann es sein, dass der Baubeginn früher, oder aber eben auch erst 2025 erfolgt.

Dazu merkt der ebenfalls als Zuhörer anwesende Kommandant-Stellvertreter Wölfl Georg an, dass es zu beachten gilt, dass in zwei bis drei Jahren ein **neues Tanklöschfahrzeug** angekauft werden muss.

Der Bürgermeister erkundigt sich nach den Kosten für dieses Fahrzeug. Dazu teilt der Kommandant-Stellvertreter mit, dass mit Anschaffungskosten in der Höhe von ca. € 500.000,- zu rechnen ist.

Der Bürgermeister ruft in Erinnerung, dass seitens des Landes mit Fördermitteln dafür in der Höhe von ca. einem Drittel zu rechnen ist. Da muss über die Finanzierung des Fahrzeugankaufes noch gesprochen werden.

GR Fankhauser Roland stellt die Frage, ob das **alte Feuerwehrhaus** nicht abgebrochen werden müsste, da die Gebäudesubstanz ist nicht mehr die Beste ist.

Dazu merkt Bgm.-Stv. Dengg Veronika an, dass zuerst ein Raum für die Lagerung der Gegenstände des Sozialvereines Bruck gefunden werden muss.

Dem stimmt der Bürgermeister zu und daher muss dies noch überlegt werden.

Da sich niemand mehr zu Wort meldet, wird die Gemeinderatssitzung um 21:25 Uhr beendet.

#### **FERTIGUNGEN:**

Der Schriftführer:

Wasserer Lucas

Der Bürgermeister:

Alois Wurm

Gemeinderäte: